

Lokale Bildungsplanung und -berichterstattung

Voraussetzung zur Optimierung des Regionalen Übergangsmanagements

► Trotz der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt bleibt der Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die berufliche Bildung für viele junge Menschen eine große Hürde. Ein regionales Übergangsmanagement kann dazu beitragen, die Übergänge an dieser Gelenkstelle des Bildungssystems zu verbessern, bedarf dazu aber einer Datengrundlage, die auch für Steuerungszwecke geeignet ist. Wie am Beispiel der Stadt Dortmund gezeigt werden soll, bieten kommunale Schulentwicklungsplanung und lokale Bildungsberichterstattung prinzipiell geeignete Verfahren, die allerdings in Richtung eines „Übergangsmonitorings“ weiterzuentwickeln sind, um das erforderliche Steuerungswissen bereitzustellen.

Dimensionen der Problematik am Übergang Schule – Beruf

Wie in einer ganzen Reihe von Studien und Berichten mittlerweile eindrucksvoll belegt worden ist, gibt es in Deutschland spätestens seit dem Ende der 1990er Jahre gravierende Probleme beim Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die berufliche Bildung. In Folge dieser Entwicklung ist die Zahl der Jugendlichen im sogenannten „Übergangssystem“ auf mehr als 500.000 angewachsen (vgl. BAETHGE/SOLGA/WIECK 2007), und etwa 15 Prozent eines Altersjahrgangs bleiben sogar dauerhaft ohne Ausbildung (vgl. BEICHT/ULRICH 2008).

Obwohl von dieser Entwicklung vorrangig Jugendliche aus bildungsfernen Milieus betroffen sind (insbesondere diejenigen mit Migrationshintergrund), kann fehlende „Ausbildungsreife“ keinesfalls als einzige Ursache für diese Probleme gelten. Festzustellen ist vielmehr, dass auch ausbildungsfähige Jugendliche häufig keinen Ausbildungsplatz finden, weil der Umfang des über die Jahre rückläufigen Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen dem Bedarf der gleichzeitig gewachsenen Zahl nachfragender Jugendlicher in vielen Regionen seit langem nicht mehr entspricht (vgl. ULRICH u. a. 2008).



SANDRA FITZEN

Dipl.-Päd., wiss. Mitarbeiterin im Regionalen Bildungsbüro der Stadt Dortmund im Bereich Übergang Schule – Arbeitswelt



UWE LEHMPFUHL

Dr. paed., wiss. Mitarbeiter im Arbeitsbereich „Koordination des Arbeitsprogramms/Wissensmanagement/Bibliothek“ im BIBB; vormals Projektleiter am IFS der TU Dortmund



VERONIKA MANITIUS

Dipl.-Päd., wiss. Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der TU Dortmund

Optimierung des Regionalen Übergangsmanagements als Ansatz zur Problembewältigung

Angesichts der damit verbundenen Folgekosten sowohl für die betroffenen Jugendlichen als auch für die Gesellschaft und ihre sozialen Sicherungssysteme ist es nicht überraschend, dass dieser Problematik mittlerweile auf den verschiedenen Ebenen mit einem facettenreichen Bündel an Maßnahmen und Programmen entgegengewirkt wird, die u. a. auf eine Optimierung des Regionalen Übergangsmanagements abzielen. Zu nennen sind hier etwa die Empfehlungen des Innovationskreises berufliche Bildung, der in seinen zehn „Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung“ explizit Verbesserungen einfordert und „entsprechend koordinierte Gesamtstrategien in den Regio-

nen“ anregt (BMBF 2007, S. 14–17). Bereits umgesetzt wurden diese Empfehlungen im Bundesprogramm „Perspektive Berufsabschluss“, das hierzu eine eigene Förderinitiative enthält (vgl. Bekanntmachung des BMBF vom 17. 1. 2008). Parallel hierzu sind auf regionaler Ebene bereits zahlreiche Gebietskörperschaften aktiv geworden, von denen sich einige im Kontext der Freudenberg-Stiftung zur „Weinheimer Initiative“ zusammengeschlossen haben, um ihrer bildungspolitischen Verantwortung für die „berufliche und soziale Integration junger Menschen“ durch eine „wirkungsvolle Zusammenarbeit von Kommune und Bürgergesellschaft“ zu entsprechen (vgl. www.freudenbergstiftung.de sowie die Beiträge in diesem Heft). Hierzu gehört auch die Stadt Dortmund, die sich bereits vor einigen Jahren auf den Weg gemacht hat, die Probleme beim Übergang in die berufliche Bildung zu bewältigen.

Vielfalt von Akteuren am Übergang Schule – Beruf

Vorrangig zu nennen sind hier:

- die allgemeinbildenden und die beruflichen Schulen,
- die Schulverwaltung und die Schulaufsicht,
- die Ausbildungsbetriebe und
- die Kammern als zuständige Stellen.

Hinzu kommen:

- die Berufsberatung der Arbeitsagentur,
- die örtliche ARGE,
- die Jugendberufshilfe sowie
- eine Vielzahl von Anbietern in privater Trägerschaft.

An der Schnittstelle von Schule und Berufswelt sind verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Zuständigkeiten beteiligt.

Treffen diese verschiedenen Institutionen aufeinander, geht es nicht nur um die Interessen und Bildungswünsche von jungen Menschen auf der Suche nach Ausbildung. Häufig geht es auch um die Wahrung institutioneller Interessen und ordnungspolitischer Positionen sowie um die Verteilung von Ressourcen aus einer schier unüberschaubaren Vielfalt verschiedener Töpfe. Aufgrund dieser institutionellen Vielfalt stellt sich die Datenlage als einigermaßen unübersichtlich und überdies unvollständig dar und ist damit nur sehr begrenzt für eine exakte Beschreibung des Problems geeignet. So sind etwa die Daten der amtlichen Schulstatistik nur wenig kompatibel zu denen der Arbeitsagenturen und Kammern.

Um unter solchen Rahmenbedingungen ein effektives regionales Übergangsmanagement zu organisieren, bedarf es geeigneter Instrumente und Verfahren, die einerseits für die Bereitstellung einer zu Steuerungszwecken geeigneten Datenbasis und andererseits für eine gemeinsame Verständigung über Handlungsbedarf und eine einheitliche lokale Koordination der Aktivitäten unter Mitwirkung aller wichtigen Institutionen sorgen. Auf regionaler Ebene sind entsprechende Instrumente und Verfahren zumindest in Ansätzen bereits vorhanden und können gezielt weiter-

entwickelt werden, um sie für das Übergangsmanagement zu nutzen. Gemeint sind damit einerseits die bereits in den 1970er Jahren eingeführten und seither weiter entwickelten Formen der kommunalen Schulentwicklungsplanung sowie aktuelle Formen der lokalen Bildungsberichterstattung, die in den letzten Jahren – vermutlich auch in Ergänzung zur 2006 beschlossenen KMK-Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring auf Länderebene – vermehrt in Erscheinung getreten sind.

Kommunale Schulentwicklungsplanung und lokale Bildungsberichterstattung als Instrumente regionaler Problembearbeitung

Das im Kontext kommunaler Schulentwicklungsplanung entstandene Instrumentarium zur „dialogischen Berufsschulentwicklungsplanung“ wurde in den 1990er Jahren am Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund entwickelt (vgl. LEHMPFUHL 2004). Als sein Kernstück lässt sich die umfassende Beteiligung aller relevanten Institutionen am Planungsprozess ausmachen (berufliche Schulen, Schulträger und Schulaufsicht, Kammern, Arbeitsagentur, ARGE, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaft, andere städtische Ämter). Ziel solcher Planungsprozesse ist es, sich auf der Grundlage der verfügbaren Daten über Ausgangssituationen und Entwicklungsperspektiven der beruflichen Schulen des jeweiligen Schulträgers zu verständigen. Hierzu werden die planungsrelevanten Daten zunächst als Zeitreihen für einen Bezugszeitraum von bis zu zehn Jahren aufbereitet und analysiert. Die im Rahmen dieser Analysen identifizierten Entwicklungstrends werden in Gestalt von Szenarien in die Zukunft fortgeschrieben und mit den am Planungsprozess Beteiligten im Hinblick auf ihre Plausibilität und den daraus resultierenden Handlungsbedarf diskutiert. Im Ergebnis dieser Bemühungen steht schließlich ein mit den Beteiligten abgestimmtes Konzept, das neben einer Übersicht der Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zur räumlich-sächlichen Versorgung auch Empfehlungen zur Optimierung der Angebotsstrukturen und zur Abstimmung mit benachbarten Schulträgern sowie zur Reaktion auf qualitative Anforderungen an die Schulen enthalten kann.

Neben der Bereitstellung von Daten schafft der dialogisch organisierte Prozess gleichzeitig die Voraussetzungen für eine gemeinsame Verständigung über regional abgestimmte Handlungsstrategien. Trotz seiner unbestrittenen Vorzüge bei der Gestaltung regionaler Schullandschaften erscheint dieses Verfahren der Bildungsplanung für die Optimierung des Regionalen Übergangsmanagements jedoch zumindest in seiner klassischen Form, d. h. in seiner Fokussierung auf die Belange der beruflichen Schulen, nur begrenzt geeignet. So verfügt die Stadt Dortmund zwar bereits seit dem Jahr 2002 über ein auf diesem Wege ent-

standenes „Entwicklungskonzept“ für seine Berufskollegs¹, das von den Verantwortlichen bei der Weiterentwicklung der Dortmunder Schullandschaft auch als quantitativer Orientierungsrahmen zu Steuerungszwecken genutzt worden ist. Als Grundlage hierfür dienten z. B. vergleichende Daten zu Raumbedarf und Raumauslastung an den verschiedenen Standorten der Schulen. Zur Optimierung des Regionalen Übergangsmanagements enthielt dieses Konzept allerdings nur wenige steuerungsrelevante Informationen bzw. konkrete Hinweise (vgl. LEHMPPFUHL 2008).

In eingeschränkter Form gilt dies auch für den im Jahr 2008 vorgelegten „Ersten kommunalen Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund“, obwohl mit ihm u. a. die Übergänge in die berufliche Bildung in den Blick genommen werden sollten. Als Empfehlungen haben die Verfasser seinerzeit zum einen die Verbesserung der Berufsvorbereitung an den allgemeinbildenden Schulen durch eine Optimierung der Beratungsprozesse im Übergang an der ersten Schwelle aufgeführt und zum anderen eine effizientere Zugangssteuerung an die Dortmunder Berufskollegs ange-regt (Stadt Dortmund 2008, S. 120 f.).

Tabelle Darstellung der Übergangssituation für die Stadt Dortmund

Schulabgänger/-innen 2005/06 (allgemeinbildende Schulen)		Neuzugänge 2006/07 (berufliche Schulen)	
mit Hochschulzugangsberechtigung (HZB)	2.062	Fachklassen duales System	4.534
mit Fachoberschulreife (FOR)	2.578	Berufsschule (andere Bildungsgänge: BGJ, BVJ, KSoB)	1.360
mit Hauptschulabschluss (HSA)	1.372	Berufsfachschule	967
ohne Schulabschluss (oHSA)	548	Fachoberschule	1.502
Summe Abgänger/-innen	6.560	Berufliches Gymnasium	233
abzüglich: zu erwartende Übergänge in Hochschulen (² / ₃ derjenigen mit HZB)	- 1.375	Fachschule	496
potentielle Übergänge	5.185	Summe Neuzugänge	9.092

Quellen: Schulministerium NRW sowie Datenbank für das Berufskolleg auf www.learnline.de

Als ein zentrales Problem erweist sich hierbei die Begrenztheit der bislang verfügbaren Daten. So stützen sich die bisherigen Arbeiten einerseits auf Schulabgängerzahlen aus den allgemeinbildenden Schulen, die nach Abschlussart sowie nach Geschlecht und Nationalität (Deutsche und Ausländer) differenziert sind. Andererseits werden die statistisch erfassten Neuzugänge an die beruflichen Schulen der Stadt zur Darstellung der Übergangssituation herangezogen. Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, lassen sich auf der Basis dieser Zahlen jedoch nicht die Übergänge von den allgemeinbildenden in die beruflichen Schulen abbilden.

¹ online verfügbar unter www.ifs.uni-dortmund.de

So liegt die Summe der Abgänge (6.560) fast ein Drittel unter der Zahl der (9.092) Neuzugänge. Abzüglich der erwarteten Übergänge an die Hochschulen (1.375) verbleiben sogar nur etwa ca. 5.200 Jugendliche als potentielle Nachfragende nach beruflicher Bildung in Dortmund. Die Differenz zwischen Neuzugängen und potentieller Nachfrage beträgt also etwa 3.800 Jugendliche p. a. Inwieweit es sich bei diesen Jugendlichen um Altbewerber/-innen, Bildungsgangwechsler/-innen aus den Berufskollegs oder um Jugendliche aus anderen Städten (Einpendler/-innen) handelt, kann auf Basis der bislang verfügbaren Daten nicht ermittelt werden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass in Dortmund (trotz Berufsschulentwicklungsplanung und Bildungsberichterstattung) immer noch statistische Kennzahlen fehlen, die als Steuerungswissen für das Regionale Übergangsmanagement benötigt werden. Hierzu gehören vorrangig Daten zu den tatsächlichen Übergängen von den allgemeinbildenden Schulen in die verschiedenen Bildungsgänge der Berufskollegs. Dieser Sachverhalt entspricht auch den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie zur Entwicklung einer Integrierten Ausbildungsstatistik am Beispiel Hessen. Dort wurde gezeigt, dass es bislang kaum Teilstatistiken gibt, die den Bildungshintergrund beim Verlassen der Sekundarstufe I hinreichend beschreiben (vgl. ANGER u. a. 2007, S. 37). Zudem fehlen Informationen zum weiteren Verlauf von Bildungskarrieren, d. h. zu den eventuell später erfolgenden Übergängen aus dem Übergangssystem in eine schulische oder betriebliche Ausbildung.

Weiterentwicklung der vorhandenen Instrumente für ein Übergangsmo-ni-toring und die Zugangssteuerung auf lokaler Ebene in Dortmund

Seit Oktober 2006 beschäftigt sich in Dortmund der Beirat „Regionales Übergangsmanagement Schule – Arbeitswelt“ mit der Übergangsproblematik von Jugendlichen im Anschluss an die allgemeinbildende Schule. Er besteht u. a. aus Vertretern/-innen der Stadt Dortmund, der Schulen, der Wirtschaft, der Kammern, der Agentur für Arbeit sowie der ARGE, die gemeinsam jährliche Handlungsprogramme mit dem Ziel verabschieden, die regionalen Aktivitäten zu bündeln und weiterzuentwickeln.

Mit Blick auf die Empfehlungen des Bildungsberichts wurde von ihnen beschlossen, die über Bildungsplanung und -berichterstattung bereitgestellte Datengrundlage bedarfsgerecht zu ergänzen und sich an der Konzeptentwicklung für einen Berufsintegrationsbericht zu beteiligen: Hierzu sollen in einem ersten Schritt die Zahl der Abgänger/-innen aus den allgemeinbildenden Schulen nach Herkunftsschule, Schulform, Abschlussart, Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund differenziert erfasst werden. Zu diesem Zwecke wird eine (bereits zur Überprüfung der Berufs-

schulpflicht aufgebaute) Datenbank zum Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II zu einem Instrument des Übergangsmonitorings ausgebaut.

Die nachfolgende Abbildung zeigt, welche Differenzierungsmöglichkeiten durch den Aufbau dieses Instruments bei der Erfassung der individuellen Übergänge künftig gegeben sein werden.

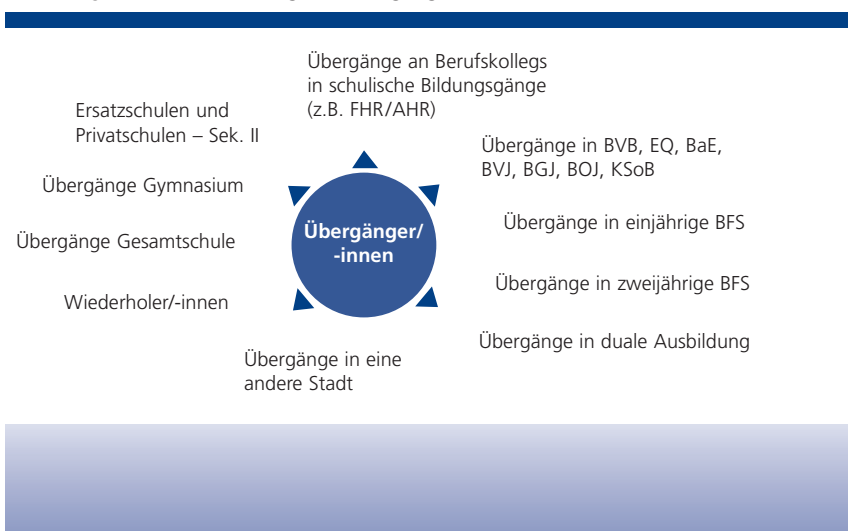
So lässt sich das Übergangsverhalten der Dortmunder Schüler/-innen nach der Sek-I künftig nach Herkunftsschule (Sozialraum), Schulform, erreichtem Schulabschluss, Migrationshintergrund, Alter und Geschlecht zahlenmäßig darstellen. Es liefert damit gleichzeitig wichtige Erkenntnisse für die Berufswahlorientierung bis hin zu den Beratungsangeboten und dem Beratungsbedarf vor Verlassen der all-gemeinbildenden Schule. Dadurch, dass die Daten aller abgehenden Schüler/-innen in die Datenbank des Übergangsmonitorings transferiert werden, entsteht gleichzeitig ein „Frühwarnsystem“, in dem auch die Anzahl derjenigen Schüler/-innen ermittelt werden kann, die bis dahin noch keine weiterführende Anschlussoption gefunden hat und für die dann ein Beratungsangebot in entsprechendem Umfang vorgehalten werden kann. Dabei werden nicht nur die berufsschulpflichtigen Jugendlichen, sondern auch diejenigen in den Blick genommen, die bereits über 18 sind und ebenfalls Hilfe beim Übergang in die Arbeitswelt benötigen.

Auf der Grundlage dieser Zahlen kann dann überprüft werden, ob das vorhandene Angebot an Bildungsgängen in Quantität und Qualität ausreicht und inwieweit diese datenbasierte und durch Beratung unterstützte Zugangssteuerung zu den anschließenden Bildungsgängen ihre Ziele erreicht.

Ausblick

Zwar erscheint – auch mit Blick auf die Ergebnisse der hessischen Machbarkeitsstudie (ANGER u. a. 2007, S. 116) – eine Erweiterung dieses Instruments in Richtung „Integrierte Ausbildungsstatistik“ wünschenswert. Die Erhebung entsprechender Individualdaten entlang der Bildungsbiografie von Jugendlichen, um Bildungskarrieren im Übergang zu rekonstruieren, ist derzeit jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen problematisch. Auch aus diesem Grund werden die Dortmunder Akteure das demnächst am BIBB anlaufende Kooperationsprojekt mit den Statistischen Ämtern zu den „Realisierungschancen eines bundesweiten Indikatorensystems für eine integrierte Ausbildungsberichterstattung“ mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Unabhängig davon wird keines dieser Monitoring-Instrumente eine befriedigende Lösung der Probleme auf dem Dortmunder Ausbildungsstellenmarkt liefern können, da die Ursachen z. T. außerhalb ihres Einflussbereichs liegen: So gab es lt. Agenturangaben im September 2008 nur 3.801 Stellen für 6.259 Bewerber/-innen. Gleichwohl ist das vorgestellte Instrument ein vielversprechender Ansatz, die im

Abbildung **Ausdifferenzierung der Übergänge**



Einflussbereich der Kommune liegenden Möglichkeiten zu nutzen, um dem selbstgesetzten Anspruch gerecht zu werden, wonach Schulabschlüsse zumindest tragfähige und aussichtsreiche Anschlussoptionen für alle Abgänger/-innen eröffnen sollen. ■

Literatur

ANGER, C. u. a.: *Machbarkeitsstudie zur Entwicklung einer Integrierten Ausbildungsstatistik am Beispiel Hessen. Projekt-Endbericht. Köln 2007* – URL: www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/pma_220207_endbericht.pdf (Stand 26. 1. 2009)

BAETHGE, M.; SOLGA, H.; WIECK, M.: *Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs. Berlin 2007* – URL: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04258/studie.pdf> (Stand: 30. 12. 2008)

BEICHT, U.; ULRICH, J. G.: *Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? Analyse wichtiger Einflussfaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbiografie. Bonn 2008* – URL: www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2008_06.pdf (Stand: 30. 12. 2008)

BMBF (Hrsg.): *Bekanntmachung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von Richtlinien zur Förderung des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ vom 17.1.2008* – URL: www.bmbf.de/foerderungen/12039.php (Stand: 30. 12. 2008)

BMBF (Hrsg.): *10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung. Ergebnisse des Innovationskreises berufliche Bildung. Bonn/Berlin 2007* – URL: www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf (Stand: 30. 12. 2008)

KMK (Hrsg.): *Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring. (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 2. 6. 2006)* – URL: www.kmk.org/fileadmin/pdf/dokumentation/BeschlKMK/Vereinbarungen_Erklarungen/Gesamtstrategie_Bildungsmonitoring.pdf (Stand: 11. 2. 2009)

LEHMPPFUHL, U.: *Dialogische Berufsschulentwicklungsplanung. Bd. 2 in der Reihe Ratgeber Schulentwicklungsplanung. Dortmund 2004*

LEHMPPFUHL, U.: *Lokale Bildungsberichterstattung als Instrument zur Entwicklung regionaler Bildungslandschaften – das Beispiel Dortmund. In: BÖTTCHER, W. u. a. (Hrsg.): Bildungsmonitoring und Bildungscontrolling in nationaler und internationaler Perspektive. Münster 2008, S. 35–46*

STADT DORTMUND DER OBERBÜRGERMEISTER (Hrsg.): *Erster kommunaler Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund. Münster 2008*

ULRICH, J. G. u. a.: *Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen – dennoch weitere Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. Bonn 2008* – URL: www.bibb.de/de/S0557.htm (Stand: 30. 12. 2008)